



Karl-Arnold-Stiftung e.V.

Karl-Arnold-Stiftung e.V. – Eupener Straße 70 – 50933 Köln

An die
Präsidentin des Landtags

Per E-Mail

<u>Veranstaltungs-Nr.</u>	<u>Ansprechpartner/in</u>	<u>Kontakt</u>	<u>Ort/Datum</u>
	Jürgen Clausius	Tel. +49 (0) 221 – 669975-10 Fax +49 (0) 221 – 669975-610 j.clausius@karl-arnold-stiftung.de	Köln, 15. April 2016

Stellungnahme für das Sachverständigengespräch des Hauptausschusses am 26. April 2016

Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

für die Einladung zum Sachverständigengespräch und die Möglichkeit zu den vorliegenden Anträgen der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN Stellung zu nehmen, danke ich Ihnen.

1. Allgemeines

Die Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen begrüßt das Grundanliegen des Antrages der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW.“ (Drucksache 16/11229) nach einem umfassenden Integrationsplan für das Land NRW. Die Politische Bildung ist bereit, sich bei der Aufstellung und Umsetzung des Integrationsplanes im Rahmen ihrer Ressourcen aktiv einzubringen.

Die Organisationen und Einrichtungen der Politischen Bildung engagieren sich seit vielen Jahren für eine Stärkung der politischen Kultur und der Demokratie in einer freiheitlichen und pluralen Gesellschaft.

Politische Bildung leistet schon heute mit ihren Bildungsangeboten einen Beitrag zur Integration der Zugewanderten in die demokratische Gesellschaft und hilft ihnen, Chancen

Karl-Arnold-Stiftung
Eupener Str. 70
50933 Köln

Telefon + 49 (0) 221 669975-0
Telefax: + 49 (0) 221 669975 612
info@karl-arnold-stiftung.de
www.karl-arnold-stiftung.de

Sparkasse KölnBonn
DE54 3705 0198 0020 1030 81
COLSDE33

Postbank Köln
DE34 3701 0050 0213 2315 03
PBNKDEFF

auf gesellschaftliche Partizipation zu eröffnen. Sie engagiert sich gleichzeitig für die Stärkung der Zivilgesellschaft, für eine vorurteilsfreie Debatte über Migration und gegen den Hass auf das Fremde. Die Einrichtungen der Politischen Bildung in NRW beteiligen sich im Rahmen ihrer Regelförderung mit Angeboten zu folgenden Themenbereichen an der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen:

- Angebote zur Vermittlung von Grundlagen eines demokratischen Systems und einer freiheitlichen, pluralen Gesellschaft
- Angebote zur Information und Aufklärung über internationale Konflikte und zu den komplexen Gründen von Flucht und Asylsuche
- Angebote zur Beschäftigung mit Unbehagen und Verunsicherungen aufgrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen, mit Stereotypen oder Hass gegenüber Fremden und Ängsten vor zukünftigen Entwicklungen
- Vermittlung und Stärkung von Kompetenzen zum Leben in einer vielfältigen und multireligiösen Gesellschaft
- Angebote zur Stärkung und Begleitung des ehrenamtlichen Engagements im Kontext einer Willkommenskultur
- Angebote zur Auseinandersetzung mit einer fremdenfeindlichen, rassistischen und ressentimentgeladenen Kommunikation in den Sozialen Medien.

Bisher bieten die Einrichtungen der Politischen Bildung überwiegend Veranstaltungen für die aufnehmende Gesellschaft an (Fakten, Hintergründe und Ursachen der Fluchtbewegungen; Grundlagen des Asyl- und Aufenthaltsrecht in Deutschland; Islam; Situation in Kommunen etc.).

Es gibt bisher wenige Veranstaltungen mit Flüchtlingen zu Themen wie Grund- und Menschenrechte, Toleranz, politisches System, Zusammenleben in Deutschland. Eine Reihe von schriftlichen und digitalen Erstinformationen und Leitfäden in den Sprachen der Flüchtlinge klären über Werte, Rechte und Pflichten für ein gutes Zusammenleben in unserem Land auf.

Anders als für andere Bereiche der Bildung (z.B. frühkindliche oder schulische Bildung) gibt es für die Politische Bildung weder auf Bundes- noch auf Landebene bis heute eine Aufstockung der Regelförderungen oder spezielle Sonderprogramme für die Integration von hunderttausenden Menschen aus anderen Kulturen in unsere Gesellschaft. Deshalb ist die politische Bildung gegenüber anderen Zweigen der Weiterbildung mit ihren Aktivitäten im Themenbereich „Flucht und Asyl“ eher unterrepräsentiert.

Mit den derzeit zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln aus dem Weiterbildungsgesetz und anderen Förderprogrammen des Landes, des Bundes und der Kommunen lassen sich die vielfältigen und notwendigen Integrationsaufgaben nicht bewältigen. Die Weiterbildungseinrichtungen fahren personell und finanziell am Limit. Mehr geht nicht ohne zusätzliche Fördermittel des Landes für Personal und Maßnahmen. Um die jetzt unumgänglichen und zusätzlichen enormen Aufgaben angemessen bewältigen zu können und ohne die etablierten Angebote einschränken zu müssen, muss das Land NRW im Rahmen des Integrationsplanes für die Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung insgesamt und die Politische Bildung im Besonderen zusätzliche finanzielle und strukturelle Voraussetzungen schaffen.

Wenn die Integration in unserem Land dauerhaft gelingen soll, brauchen wir in den nächsten zehn Jahren mindestens zusätzlich 20 Millionen Euro jährlich für zusätzliche Sprach- und Integrationsangebote, die Förderung der Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit, die

Qualifizierung haupt- und ehrenamtlichen Personals, gemeinsame Angebote von Einheimischen und Flüchtlingen und die Stärkung demokratischer Prozesse.

2. Stellungnahme zu Handlungsfeldern, die die Politische Bildung in den Anträgen betrifft

Die Karl-Arnold-Stiftung begrüßt die Intention des Antrages „Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW“, die Vermittlung der Grundwerte, auf denen unser Grundgesetz beruht, für alle Flüchtlinge mit einer Bleibeperspektive auszubauen (Seite 3 und 4 der Drucksache 16/11229).

Die Erfahrungen, die wir als Karl-Arnold-Stiftung in den letzten Monaten in diesem Bereich gesammelt haben, zeigen, dass es wenig Sinn macht, mit der Vermittlung erst in den Orientierungskursen, die sich an die Sprachkurse anschließen, zu beginnen. Das ist viel zu spät. Außerdem reichen die in den Sprachkursen erlernten Deutschkenntnisse in der Regel nicht aus, um einer politischen Weiterbildung in deutscher Sprache, die sich mit Themen wie Freiheit, Menschenrechten, Toleranz und Gleichberechtigung beschäftigt, sinnhaft und verständlich folgen zu können.

Die Karl-Arnold-Stiftung hat deshalb das Seminar „Leben in Deutschland: Politik, Gesellschaft und Kultur für Zugewanderte“ entwickelt. Es richtet sich an Flüchtlinge ab 16 Jahren, die den offiziellen Integrationskurs noch nicht absolviert haben. Das Konzept wurde in enger Zusammenarbeit mit kürzlich nach Deutschland Zugewanderten sowie Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund entwickelt. Wesentlicher Bestandteil des Konzeptes ist, dass ausschließlich Referenten mit Zuwanderungsgeschichte sowie geschulte Neuankömmlinge zum Einsatz kommen, die einen der Zielgruppe ähnlichen kulturellen Hintergrund haben. Die Seminarsprachen sind arabisch, englisch und deutsch. Die Seminare werden in den Aufnahmeeinrichtungen durchgeführt, um insbesondere auch Frauen mit Kindern die Möglichkeit zu geben, an den Seminaren teilnehmen zu können.

Bundespräsident Joachim Gauck hat in seiner Rede zur Eröffnung des Symposiums „Flüchtlinge in Deutschland“ am 07. April 2016 zu Recht ausgeführt: *„Denn die Erfahrungen in vielen Ländern zeigen: Der Integrationsprozess sollte sofort nach der Ankunft beginnen. Je früher Menschen, die wahrscheinlich bleiben werden, die deutsche Sprache lernen und arbeiten können, je früher auch Menschen, die nur vorübergehend bei uns sind, in den Alltag einbezogen werden, desto besser für uns alle. Sonst riskieren wir, dass Frust und Langweile in Gewalt und Kriminalität umschlagen oder politischer und religiöser Extremismus gedeihen.“*

Um landesweit flächendeckend solche Sofortmaßnahmen der Politischen Bildung anbieten zu können, brauchen wir

- mehr haupt- und nebenberufliche Lehrende in der politischen Bildung, die die Muttersprache der Flüchtlinge sprechen. Deshalb müssen Netzwerke aufgebaut werden, in denen ehrenamtliche Flüchtlingshelfer mit und ohne Zuwanderungsgeschichte sowie politisch vorgebildete Flüchtlinge zu Dozenten/innen und Referenten/innen ausgebildet werden.
- Unterrichtsräume in örtlicher Nähe zu den Flüchtlingsunterkünften.
- Kinderbetreuungsmöglichkeiten, damit auch Flüchtlingsfrauen mit Kindern an den politischen Bildungsveranstaltungen teilnehmen können.

- Mehr hauptamtliches Personal in den Politischen Bildungseinrichtungen, das sowohl neue kompakte muttersprachliche Bildungsangebote für Flüchtlinge entwickelt, die notwendige Netzwerkarbeit betreut, Lehrende in der Flüchtlingsarbeit ausbildet und Bildungsangebote organisiert.

Für eine gelungene Integration ist nicht nur Politische Bildung für die Flüchtlinge notwendig. Auf Seiten der aufnehmenden Gesellschaft muss die Bereitschaft, Menschen aus anderen Kulturkreisen zu integrieren, vorhanden sein. Der Erfolg rechteextremer Parteien bei den bisher in Deutschland in diesem Jahr stattgefunden Wahlen und die Zunahme rassistischer Übergriffe machen deutlich, wie notwendig es ist, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes über Fluchtursachen und Asylrecht zu informieren, gegen extremistisches Gedankengut zu immunisieren, Vorurteile abzubauen und die Demokratie zu stärken.

Die Einrichtungen der Politische Bildung in NRW engagieren sich seit vielen Jahren für eine Stärkung der politischen Kultur und der Demokratie in einer freiheitlichen und pluralen Gesellschaft. Bildungsangebote zur Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft und „Gegen Rassismus und Gewalt“ gehören seit Jahrzehnten zum Grundkanon der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in NRW. 2014 fanden 43,5 Prozent aller Veranstaltungen, die die von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen geförderten Bildungseinrichtungen durchgeführt haben, in den beiden Kernfeldern „Lebendige Demokratie – Partizipation – Medienkompetenz“ und „Menschenrechte – Politische Kultur – Zeitgeschichte“ statt (Quelle: Bericht Einrichtungen der politischen Bildung 2014 der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen).

Keinem Menschen wird das demokratische Bewusstsein in die Wiege gelegt. Jeder Mensch muss demokratisches Verhalten erlernen. Und dieser Lernprozess ist lebenslang und nie ganz abgeschlossen. Politische Bildung unterstützt die Menschen bei diesem Lernprozess. Sie muss deshalb auch auf Dauerhaftigkeit angelegt sein und kontinuierlich wirken.

Was die Einrichtungen der Politische Bildung in der jetzigen Situation nicht brauchen, sind neue Sonderprogramme mit kurzer Laufzeit in Form von Projektfinanzierungen. Solche Programme sind verwaltungs- und personalintensiv aber oft auch wenig effektiv. Die Beantragung, Durchführung, Abrechnung und Evaluierung solcher Projekte bindet pädagogische Kräfte, die vielfach in der pädagogischen Arbeit mit den unterschiedlichen Zielgruppen besser eingesetzt wären.

Statt dessen brauchen die Einrichtungen der Politischen Bildung eine deutliche Anhebung der Fördermittel der Landeszentrale für politische Bildung sowie eine jährliche Dynamisierung dieser Mittel. Wie heißt es im Antrag der Regierungskoalition zu Recht: *„Insbesondere müssen langfristig arbeitende Strukturen gestärkt werden“* (Drucksache 16/11318 Seite 18). Die Politischen Bildung nimmt die Politik hier beim Wort.

Für weitere Erläuterungen und Rückfragen stehe ich Ihnen gerne während des Sachverständigengesprächs zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Clausius
Leiter der Karl-Arnold-Stiftung